



25.10.2018

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

Gegen Plastikmüll im Meer

Ein weiterer wichtiger Schritt im Kampf gegen die Vermüllung unserer Weltmeere ist getan: Am Mittwoch stimmte das Europäische Parlament mit sehr großer Mehrheit Maßnahmen zur Verringerung von Einwegplastik zu. Denn das Problem ist unübersehbar: rund 140 Millionen Tonnen Plastikmüll schwimmt in unseren Meeren. Die Fläche entspricht ungefähr der Größe Mitteleuropas. Dieser Plastikmüll ist nicht nur für die Meerestiere gefährlich, sondern auch für uns Menschen, weil wir über die Nahrungskette Mikroplastik aufnehmen. Es ist deshalb richtig, dass Einwegplastik wie Besteck, Teller, Strohhalme, Wattestäbchen, Getränkeührstäbchen und Stäbe für Ballons aus Plastik verboten werden. Hierfür gibt es ja bereits Alternativen. 25% weniger Lebensmittelverpackungen zum Mitnehmen und Trinkbecher sollen bis zum Jahr 2025 erreicht werden. Keine Frage: Plastik hilft in vielen Bereichen unseres Alltags und ist wichtig. Trotzdem müssen wir unsere Art, wie wir Kunststoffe konsumieren, ändern. Zum Schutz unserer Meere, unserer Umwelt und unserer eigenen Gesundheit. Ein Flugverbot für Luftballons sowie das Verbot von Kaugummis - wie von den Grünen gefordert - würde allerdings zu weit gehen und konnte von der EVP-Fraktion verhindert werden. Das heutige Abstimmungsergebnis dient jetzt als Grundlage für die Verhandlungen mit dem Ministerrat. Die Richtlinie wird dann voraussichtlich 2019 in Kraft treten.

Zum Schutz unserer Grenzen

Das neue Schengener Informationssystem (SIS), welches das Europaparlament diese Woche beschlossen hat, wird unsere Grenzen besser schützen und Europa sicherer machen. Drittstaatsangehörige, die in einem EU-Staat mit einem Einreiseverbot belegt sind, müssen künftig ins SIS eingetragen werden. So schaffen wir ein europaweites Warnsystem. Außerdem werden Daten über Personen, die sich illegal in der EU aufhalten und die abgeschoben werden sollen, über SIS zur Verfügung gestellt. Ein illegaler Umzug in einen anderen Mitgliedstaat kann so besser verhindert werden. Mit dem verbesserten SIS können wir künftig auch effektiver gegen Terrorismus und schwere Kriminalität vorgehen. Terrorverdächtige müssen verpflichtend in das Informationssystem eingetragen werden. Zudem stehen Finger-, Handabdrücke, Gesichtsbilder und DNA, die ein Staat einspeist, sofort allen anderen nationalen Strafverfolgungsbehörden in der EU zur Verfügung. Einige der Neuerungen können noch in diesem Jahr in Kraft treten.

Rumäniens Präsident zu Gast

Nachdem Anfang Oktober über die Rechtsstaatlichkeit Rumäniens diskutiert wurde, war der rumänische Präsident Klaus Iohannis in Straßburg, allerdings um seine Pläne für die Zukunft der EU vorzustellen. Mit einem Wirtschaftswachstum von 490 Prozent gemessen am Bruttoinlandsprodukt während der vergangenen 20 Jahre hat Rumänien eine beachtliche Entwicklung hingelegt - dank seiner Mitgliedschaft in der EU. Das Land sei bereit für weitere Integrationschritte. Der Präsident legte in seiner Rede

So können Sie mich erreichen

vor Ort: Tel. 07323 9523855 · info@inge-graessle.eu · Postanschrift: Grabenstraße 24 · 89522 Heidenheim
im Europäischen Parlament: Büro ASP 15E154 · Rue Wiertz · B-1047 Brüssel · Tel. 0032 228 45868 · Fax 0032 228 49868
ingeborg.graessle@ep.europa.eu · **im Netz:** www.inge-graessle.eu · facebook.com/inge.graessle · Twitter: @inge_graessle



besonderen Wert darauf, ein neues Kapitel in der Konsolidierung des Europäischen Projekts zu beginnen, vor allem im Bereich der Sicherheit für Bürger und einem gestärkten Bewusstsein gegenüber Problemen wie Radikalisierung und Terrorismus. Die fraktionsübergreifende Haltung gegenüber der Lage in Rumänien wurde in der Debatte ebenfalls wieder deutlich: Es muss dringendst ein Konsens in Sachen Rechtstaatlichkeit gefunden werden, insbesondere bevor das Land die Ratspräsidentschaft antritt.

EU-Ratsgipfel ohne Ergebnisse

Stark kritisiert wurde am Mittwochmorgen im Plenum die (nicht vorhandenen) Ergebnisse des Gipfels des Europäischen Rates, der vergangene Woche vom 17./18. Oktober stattgefunden hatte. Zu Beginn der Debatte mit EU-Ratspräsident Donald Tusk und Vizepräsident der Europäische Kommission, Frans Timmermans, erinnerte das Parlament an seine drei zentralen Erwartungen: die „Dublin-Reform“ des EU-Asylsystems, der Mehrjährige Finanzrahmen nach 2020 sowie den Brexit. Diese konnten jedoch alle drei nicht erfüllt werden. Zu den festgefahrenen Brexit-Verhandlungen konnte Theresa May nichts substantiell Neues beitragen und sogar der für November geplante Sondergipfel wurde vorerst ausgesetzt. Auch im Bereich Migration erzielten die Staats- und Regierungschefs keine nennenswerten Fortschritte. Es wurde lediglich die Stärkung der Kontrolle der Außengrenzen und Zusammenarbeit mit Drittländern, vor allem den Ländern Nordafrikas, betont: Es gelte illegale Ankünfte zu vermindern und gegen Schleuser-Kriminalität vorzugehen. Es ist klar, dass

es keine leichte Aufgabe ist, bei 27 bzw. 28 Staats- und Regierungschefs einen Konsens zu finden und dass dieser Prozess überlegt sein will und Zeit benötigt. Doch es müssen Entscheidungen getroffen werden. Vor allem mit Hinblick auf die Haushaltssituation in Italien und der Situation in Polen und Rumänien wäre es wünschenswert, wenn der Rat aktiver wird.

Noch bessere Trinkwasserqualität

In Sachen Qualität und Zugang zu Trinkwasser in der EU haben wir schon viel erreicht: mehr als 98,5 % der getesteten Trinkwasserproben in den vergangenen Jahren erfüllen die Mindestqualitätsstandards. Die Aktualisierung der Vorschriften zielt darauf ab, das Vertrauen der Verbraucher weiter zu stärken. Es werden die Höchstwerte für bestimmte Schadstoffe wie Blei oder schädliche Bakterien verschärft, und neue Grenzwerte für bestimmte hormonwirksame Stoffe (endokrine Disruptoren) gesetzt. Vor allem soll aber auch das Trinken von Leitungswasser gefördert werden – um auch hier Plastikmüll einzusparen. Diese neuen Vorgaben und Vorschriften gründen auf der ersten erfolgreichen Europäischen Bürgerinitiative "Right2Water". Mit den 1,8 Millionen gesammelten Unterschriften hat sich gezeigt, wie wichtig den Europäern ihr Trinkwasser ist.

Besuch aus der Heimat

Zu Gast bei mir im Europäischen Parlament waren in dieser Woche 120 Schülerinnen und Schüler der Eberhard-Breuninger-Schule aus Backnang und der Louis-Leitz-Schule aus Stuttgart. Es hat mich sehr gefreut Sie hier zu haben.

So können Sie mich erreichen

vor Ort: Tel. 07323 9523855 · info@inge-graessle.eu · Postanschrift: Grabenstraße 24 · 89522 Heidenheim
im Europäischen Parlament: Büro ASP 15E154 · Rue Wiertz · B-1047 Brüssel · Tel. 0032 228 45868 · Fax 0032 228 49868
ingeborg.graessle@ep.europa.eu · **im Netz:** www.inge-graessle.eu · facebook.com/inge.graessle · Twitter: @inge_graessle